

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

20.6.1900 (No. 166)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 20. Juni.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 60 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 166.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keine Verantwortung für irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1900.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 9. d. Mts. gnädigt geruht, bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen den Centralinspektor, Betriebsinspektor Robert Hornung unter Verleihung des Titels „Regierungsrath“ und den Centralinspektor, Maschineninspektor Alexander Courtin unter Verleihung des Titels „Baurath“, sowie den Hilfsarbeiter im Kollegium der Generaldirektion Regierungsassessor Max Herrmann unter Verleihung des Titels „Regierungsrath“ zu Kollegialmitgliedern zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm dem 31. v. M. gnädigt geruht, den Notar Friedrich Wächter in Bretten in den Amtsgerichtsbezirk Heidelberg, sowie den Notar Hermann Bühr in Engen in den Amtsgerichtsbezirk Bretten zu versetzen.

Das Justizministerium hat dem Notar Friedrich Wächter das Notariat Heidelberg IV, das Notariat Bretten I dem Notar Friedrich Geißler in Bretten, und das Notariat Bretten II dem Notar Hermann Bühr zugewiesen.

Mit Entschliebung Großh. Gewerbelehrer vom 9. Juni d. J. wurde Gewerbelehrer Friedrich Bader an der Gewerbeschule in Laubersheim in gleicher Eigenschaft an jene in Pforzheim versetzt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 13. Juni d. J. wurde Betriebsassistent Rudolf Ludwig in Heidelberg zur Vernehmung einer Gütereigentümerstelle nach Mannheim versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Die Neutralisirung der Gewerkschaften.

Die neueste theoretische Manuierung des Herrn Bebel, welche darin besteht, daß er seine frühere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit politischer Bethätigung der Gewerkschaften über Bord geworfen hat und nunmehr ebenso überzeugt dem Grundsatz huldigt, daß die Gewerkschaften als solche sich mit Parteipolitik nicht zu befassen haben, ist ihm in gewissen sozialdemokratischen Kreisen vielfach verdaulich worden. An der Spitze der Opposition gegen diesen neuesten Bebel'schen Frontwechsel marschieren die sogenannten „lokalorganisirten Gewerkschaften“, die zwar, weil sie in mehreren Fragen eine Sonderstellung in der sozialdemokratischen Bewegung, von der Parteileitung und deren offiziellem Organ, dem „Vorwärts“, oft genug sehr groß angesehen werden, denen aber doch ihr sozialdemokratischer Charakter auch von den ärgsten Centralisirungsfanatikern nicht in Abrede gestellt werden kann. Sie selbst nennen die „lokalorganisirten“ die „Vertreter des sozialdemokratischen Volksgewissens“, und als solche wenden sie sich gegen die Neutralisirung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, indem sie ihr vorwerfen, sie breche der deutschen Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat, verwandle die Organisationen in kapitalistisch wirkende Unterstützungsvereine, behindere praktische Organisationen und wirke zersplitternd und schwächend.

Für den unbefangenen, mit den wirklichen Verhältnissen vertrauten Beobachter hat dieser häusliche Zwist der Sozialdemokratie höchstens die Bedeutung des Sturmes im Glase Wasser. Denn er sagt sich, daß der ganze, so wortreich geführte Lärm nichts ist als Silberräucher, die den Kern der Sache durchaus nicht berührt. Der Kern der Sache aber ist und bleibt, daß die Gewerkschaften in ihrer derzeitigen Verfassung, ob mit oder ohne offizielle Neutralitätserklärung zum größten Theil Kampforganisationen bilden und aus ihrer sozialdemokratischen Haut selbst dann nicht einmal hinauskönnen, wenn sie ernstlich wollen. Das wollen sie aber auch gar nicht. Im Gegentheil, wenn sie ihr sozialdemokratisches Licht unter den Scheffel der politischen Neutralitätserklärung stellen, so thun sie das einzig, um desto bessere sozialdemokratische Parteigeschäfte zu machen. Denn man rechnet jetzt auf nichts Geringeres, als auf das Einfangen der in sogenannten christlichen nationalsozialen u. s. w. Vereinigungen zusammengefaßten, bisher der Sozialdemokratie fern, ja feindlich gegenüberstehenden Arbeiterelemente, welche dadurch kirre gemacht werden sollen, daß man vor-

läufig die sozialdemokratische Parteiflagge niederholt mit dem Vorbehalt, sie, wenn der passende Moment gekommen sein wird, triumphirend von neuem zu hissen. Man würde sich daher einer Verkenning der wirklich gegebenen Verhältnisse schuldig machen, wollte man aus der neuesten gewerkschaftlichen Haltung des Herrn Bebel Schluf ziehen, das sozialdemokratische Parteizugehörigkeitsmoment werde künftig in der geschäftlichen Leitung der Gewerkschaften eine minder gewichtige Rolle als bisher spielen, bloß weil es fortan nicht mehr so demonstrativ in den Vordergrund gerückt werden soll. Die werbende Kraft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen hat sich im wesentlichen erschöpft; was noch außerhalb ihres Kreises steht, fühlt sich eben durch den sozialdemokratischen Parteianatismus abgestoßen. Diese Elemente will man nun durch zeitweises Verhüllen des sozialdemokratischen Parteibanners anzulocken suchen. Ist man der Beute erst einmal sicher, dann wird man auch die unpolitische Maske bald genug fallen lassen.

Der Schluß der preussischen Landtagsession.

□ Berlin, 18. Juni.

In der heute durch den Herrn Ministerpräsidenten im Allerhöchsten Auftrage geschlossenen Session beider Häuser des preussischen Landtages ist eine in manche Gebiete des Staatslebens eingreifende, reiche gesetzgeberische Arbeit zu erfreulichem Abschluß gebracht worden.

Wenn, wie in früheren Jahren, so auch in dieser Session, der Ausbau des Kleinbahnnetzes durch die Bereitstellung erheblicher Mittel sichergestellt wurde, so dürfte durch diese Maßnahme das Wohl namentlich der Landbau treibenden Landestheile erheblich gefördert werden, wie auch durch die Annahme des Zwischentreditgesetzes für den ländlichen Kleingrundbesitz günstigere Kreditverhältnisse geschaffen wurden.

Dem städtischen Kleinen und mittleren Handelsbetriebe ist andererseits durch die Waarenhäusersteuer die Konkurrenz mit dem bazarmäßigen Großbetriebe erleichtert, und zwar in einer Form, die eine Heranziehung dieser bisher steuerlich nicht faßbaren neuen Betriebsform ermöglicht, ohne daß befürchtet zu werden braucht, daß das Gesetz zu einer Erdrosselung der Waarenhäuser führen könnte.

Der Gesetzentwurf zur Verhütung von Hochwassergefahr in Schlesien wird den gefährdeten Theilen dieser Provinz Sicherheit vor den Wasserkatastrophen bieten, durch die sie, namentlich in den letzten Jahren, wiederholt schwer heimgesucht wurde.

Eine günstige Einwirkung auf die Kriminalität der Jugendlichen und deren Folgeerscheinungen kann von dem Fürsorge-Erziehungsgesetz erwartet werden, wenn diese Einwirkung auch naturgemäß erst nach einem längeren Zeitraum sichtbar zutage treten dürfte.

Durch die endlich zustande gekommene Reform des Gemeindevahlrechts sind die Verschiebungen, die in der Zusammensetzung der Wählerklassen infolge der Steuerreform in plutokratischer Richtung sich entwickelt hatten, unter Wahrung des vom Gesetzgeber gewollten Charakters des Gemeindevahlrechts, ausgeglichen worden.

Mit besonderer Genugthuung verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade die wichtigsten Gesetzentwürfe dieser Session ihre Erledigung dem verständnißvollen Hand-in-Hand-Arbeiten beider Häuser des Landtages verdanken, und daß sowohl das Herrenhaus wie auch der Landtag weitergehende, divergirende Wünsche bezüglich der Ausgestaltung einzelner Gesetzentwürfe zurückgestellt hat, um die Verabschiedung der in ihrer Tendenz als nothwendig und richtig anerkannten Vorlagen zu ermöglichen.

Statistik der Krankenversicherung.

* Die Ergebnisse der Statistik der Krankenversicherung für 1898 liegen nunmehr amtlich vor. Der Kreis der Versicherten ist durch gesetzliche Bestimmungen nicht erweitert, weshalb die Zahl der Versicherten, ähnlich wie in den beiden vorangegangenen Jahren im Vergleich zum Vorjahr nur um rund 400 000 gewachsen ist. Der durchschnittliche Mitgliederstand betrug 8 770 057, davon waren versichert in der Gemeindekrankenversicherung 1 409 780, in den Ortskrankenstellen 4 078 958, den Betriebskrankenstellen 2 280 651, den Zünftekrankenstellen 159 154 und den Hilfsstellen 823 464. — Die Gesamtzahl der Erkrankungsfälle (mit Krankengeldbezug) belief sich auf 3 002 593 mit 53 201 173 Krankentagen, für welche 128 057 380 M. Krankheitskosten verausgabt wurden, von denen 54 390 489 M. auf Krankengelder entfielen. Obgleich im Jahre 1898 auf ein Mitglied nur 0,34 Erkrankungsfälle mit 6,07 Krankentagen (1897:

0,36 mit 6,18) kamen, sind die Krankheitskosten weiter gewachsen; sie betragen auf ein Mitglied 1898: 14 M. 60 Pf., 1897: 14 M. 45 Pf., 1896: 13 M. 81 Pf.

Das Vermögen Ende 1898: 147 775 854 M. übersteigt bereits die Jahresausgabe von 142 891 422 M.; jedoch ist der Stand nicht für alle Klassen gleich günstig. Es betrug:

	die Gesamtausgabe M.	das Vermögen M.
bei der Gemeindekrankenversicherung	12 667 716	961 167
den Ortskrankenstellen	65 982 718	61 380 428
„ Betriebs- (Fabrik-)Krankenkassen	46 318 341	64 619 171
„ Baukrankenstellen	433 665	297 787
„ Zünftekrankenstellen	2 876 745	2 417 892
„ Eingetriebenen Hilfsstellen	14 058 628	15 918 727
„ Landesrechtlichen Hilfsstellen	1 058 609	2 180 782

Zu den Vorgängen in Ostasien.

Die Christenverfolgungen in China.

Nicht zum erstenmale ist es, daß sich der Haß der Eingeborenen gegen die in China wohnenden Fremden richtet. Und wieder sind es die europäischen Missionare, mit sehr wenigen Ausnahmen die einzigen im Innern des Reiches der Mitte lebenden Ausländer gegen die sich fast ausschließlich der von revolutionären Aufwieglern oder von chauvinistischen Mandarinen oder Literaten angeführte Fremdenhaß des Volkes kehrt.

Im Frieden von Tientsin (1858) wurde seitens der chinesischen Regierung freie Bewegung der fremden Missionare im Innern des Reiches zugestanden. Das war ja eine werthvolle Errungenschaft, aber sie stand eben nur auf dem Papier und bedeutete um so weniger völlige Sicherheit für die Prediger des Christenthums da die Machthaber in Peking und in den Provinzen gar nicht daran dachten, den verhassten Fremden den versprochenen Schutz gegen Ausbrüche der Volkswuth zu gewähren. Im Gegentheil, sie selbst schürten im Geheimen den Haß gegen die „fremden Teufel“ nach Kräften an. Ein hochgestellter Mandarin in der Provinz Hunan ließ sogar ein Buch „Todschnitz der Teufelslehre“ in neun Auflagen erscheinen und die widerwärtigsten, aufreizendsten Schmähbilder und Schriften unentgeltlich in Millionen von Exemplaren über alle Provinzen vertheilen, so daß sich Niemand darüber wundern kann, wenn fanatische Volkshaufen immer von Neuem mit mordlustiger Wuth über Missionare und die von ihnen bekehrten Chinesen herfallen.

Im Jahre 1869 wurde der Missionar Williamson nicht weit von Tientsin ermordet, und obgleich die Mörder allgemein bekannt waren, so fiel es doch den Behörden gar nicht ein, sie zur Rechenschaft zu ziehen. Im folgenden Jahre war die obengenannte Stadt selbst der Schauplatz eines furchtbaren Blutbades. Ein katholisches Nonnenkloster wurde zerstört, die armen Schwestern marterte man mit asiatischer Grausamkeit zu Tode. Dieses Mal blieb die Sühne freilich nicht aus, denn es mußte eine bedeutende Entschädigungssumme bezahlt werden, und die angeblich Hauptschuldigen wurden auch hingerichtet; aber es war bezeichnend, schreibt Postkamp, daß die Regierung den Angehörigen der Hingurichtenden eine Geldsumme schenkte und erlangte, daß ihnen zu Ehren am Abend vorher ein großes Gelage gefeiert wurde. Den Verbrechern selbst schenkte der Statthalter Ehrenkleider, damit sie in solchem Aufputz enthauptet werden könnten, und ließ sie auch mit Ehren begraben. Dadurch genügt man den Forderungen der fremden Mächte und verdrast es nicht mit dem Volke.

Im Jahre 1884, als der Befehlshaber der sogenannten südlichen Flotte eine Proklamation erließ, in welcher es hieß: „China hält sich nicht verantwortlich für jedes Gebäude der Fremden, das vom Volke zerstört wurde“, lagen in wenigen Wochen achtzehn evangelische Kirchen und Kapellen außer vielen katholischen Gotteshäusern zerstört am Boden. Die eingeborenen Christen wurden von bewaffneten Horden angegriffen, ihres Eigenthums beraubt und von Haus und Hof vertrieben. In dem Zeitraum von 1885 bis 1890 waren die Missionsstationen in Schantung oft bedroht, und ein deutscher Konsul stellte fest, daß ein Mitglied des Jung-li-Yamen einer der heimlichen Hauptanführer war. In denselben Jahren zerstörten ausgeheulte Fanatiker an manchen Orten der Provinz Szechuan, wo der Fremdenhaß besonders tiefe und weitverzweigte Wurzeln gefaßt hat, katholische und protestantische Kirchen, indem sie vorgaben, sie hätten vom Kaiser und den Behörden den Befehl erhalten, das Christenthum auszurotten. An der Stelle der niedergebrannten Kapellen und christlichen Schulen entstanden freilich neue, aber zum Theil wurden sie bald wieder

durch Feuer vernichtet. Im Jahre 1895 bis 1896 wurden alle Missionare aus der Hauptstadt von Szechuan und anderen Städten der Provinz einfach vertrieben, auf kaiserlichen Befehl mußte man ihnen jedoch wieder Einlaß gewähren.

Am 1. Juli 1893 fielen zwei schwedische Missionare, Wilkinson und Johansson, die in dem Städtchen Sunpu bei Hantau eine Predigthalle eröffnet hatten, dem Fremdenhaß zum Opfer. Bei dem gerichtlichen Verhör, das dem Blutbad folgte, saß wie zum Hohn unter den Richtern und Militärtribunen der geistige Urheber des Mordes, ein Mandarin a. D., ab, trank und rauchte Opium mit ihnen. Die Mörder konnten sich in aller Gemüthsruhe ihrer schändlichen That rühmen, denn sie wußten, daß die Richter von ebenso starkem Fremdenhaß befeelt waren, wie sie selbst. Der Urtheilspruch war denn auch des Gerichtshofes würdig; er lautete: „Zunächst trifft alle diejenigen die Schuld, welche die Fremden herbeigeführt haben. Hätten sie dieselben nicht hergeführt, so wären sie nicht gekommen. Wären sie nicht gekommen, so wären sie nicht getödtet. Auf, fangt alle, die den Fremden hilfsreiche Hand geleistet haben!“ Das ließ sich die Meute nicht zweimal sagen. In kurzer Zeit waren alle, die mit den Missionaren irgend welche Verbindungen angeknüpft hatten, unter schweren Mißhandlungen in Eisen geworfen.

In der Geschichte der Christenverfolgungen in China gehört das Blutbad in Fusan bei Kutschang zu den erschütterndsten Bildern. In der schon angeführten englischen „Geschichte Chinas“ wird eine Vegetarianerfekte dafür verantwortlich gemacht. Zwischen einem beehrten Eingeborenen und Mitgliedern dieser Sekte war ein Streit ausgebrochen, der so bedenkliche Dimensionen annahm, daß der Präfect des betreffenden Bezirks von dem Vizekönig Truppen erbat. Dank dem mächtigen, heimlichen Einfluß der Vegetarianer wurde jedoch dieser Bitte nicht entsprochen, und es bedurfte ganz energischer Vorstöße seitens der fremden Konsuln in Fusan, daß wenigstens einige hundert Mann regulärer Truppen nach dem unruhigen Distrikt entsandt wurden. Die Vegetarianer sprengten jetzt das böswillige Gerücht aus, Stewart, der Leiter der Mission, und andere Fremde hätten Gelder zum Zweck militärischer Hilfe gesammelt, und nun gab es für die Unglücklichen keine Rettung mehr, um so weniger, da die reguläre Streitmacht auch nicht annähernd den bewaffneten Schaaren der vegetarischen Sekte gewachsen war. Innerhalb einer halben Stunde am Morgen des 1. August 1895 waren zehn Missionare von einer Bande Verschworener überfallen, gepöbelt, erschlagen und verbrannt. Zweien von den Frauen waren die Köpfe fast vom Rumpfe getrennt; die Kinder, von denen das kleinste kaum ein Jahr war, erlagen zum Theil den schweren Wunden, die sie bei dem Blutbad davongetragen hatten. Noch in aller Erinnerung ist die grausame Ermordung der beiden deutschen Missionare Nieß und Hende in Schantung vor mehreren Jahren.

(Telegramme.)

* **Berlin**, 19. Juni. Aus Tschifu wird berichtet: Nach einem kombinierten Angriff der fremden Kriegsschiffe wurde ein Fort von Taku genommen. Bei der Erstürmung fielen vom deutschen Kriegsschiff „Alti“ drei Mann, sieben wurden verwundet. Die Fremden niederklassungen in Tientsin werden von den Chinesen beschossen. Von dem nach Peking entsandten deutschen Detachement und den dortigen Gesandtschaften liegen keine Nachrichten vor.

* **Berlin**, 19. Juni. Die Great Northern Telegraphengesellschaft meldet, die Linie zwischen Nutschwang und Tientsin sei dicht bei Taku zerstückt. Infolgedessen sei Tientsin, sowie Taku von neuem vollständig isolirt.

* **London**, 19. Juni. „Daily Express“ meldet aus Shanghai vom 18. d. M.: Amtliche Nachrichten über den Kampf bei Taku besagen: Eine chinesische Granate brachte das Pulvermagazin des russischen Kanonenbootes „Mandschur“ zur Explosion. Der „Mandschur“ flog in die Luft. Mehrere Blaujaden wurden getödtet, viele verwundet. — Die „Times“ aus Shanghai vom 18. Juni: Am 17. Juni, kurz vor Mitternacht, eröffneten die Taku Forts das Feuer. Die Kriegsschiffe der Mächte erwiderten dasselbe. Zwei Forts flogen in die Luft, die anderen wurden von den internationalen Truppen im Sturm genommen. Im Hafen von Tschifu liegen jetzt zwei britische, ein amerikanisches und fünf japanische Kriegsschiffe.

* **Tschifu**, 19. Juni. Die Taku Forts auf beiden Seiten des Flusses sind jetzt besetzt. Die Chinesen eröffneten am 17. das Feuer gänzlich unerwartet. Die Verluste der Truppen der vereinigten Mächte sind folgende: Von Engländern 1 todt, 4 verwundet, Deutschen 3 todt, 7 verwundet, Russen 16 todt, 45 verwundet, Franzosen 1 todt, 1 verwundet. — Die bei Taku liegenden chinesischen Torpedoboote wurden genommen.

* **London**, 19. Juni. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Shanghai telegraphirt unter dem 18. d. M.: Ich erfahre von zuverlässiger Seite folgendes: Bis bis sechs Wochen vor Ausbruch der Unruhen erklärte der deutsche Gesandte Baron v. Ketteler in der Berathung des diplomatischen Corps mit Entschiedenheit, daß die von den Gesandten bis dahin getroffenen Maßnahmen unzureichend seien und daß sowohl zum Schutze der Europäer in ganz China als auch der Gesandtschaften in Peking seitens der europäischen Mächte energischer Schritte gethan werden müßten, sonst würde in kurzem ein großes Blutvergießen unter den Christen angerichtet werden. Selbst die Gesandtschaften werden nicht verschont bleiben.

* **Paris**, 18. Juni. Delcassé erhielt von dem französischen Konsul in Yunnan, Francois, eine vom 14. Juni datirte Depesche, besagend, daß man die Franzosen mit Gewalt verhindern, sich nach Tonking zu begeben und daß die Franzosen wie Gefangene behandelt werden. Die Häuser aller französischen und englischen Missionen wurden geplündert und in Brand gesteckt. Angesichts der Sachlage beschied Delcassé Morgens dem chinesischen Gesandten zu sich und forderte ihn auf, sofort dem Vizekönig von Yunnan zu telegraphiren, daß er mit seiner Person für das Leben der dortigen Franzosen einzustehen habe und daß Frankreich schon im Stande sei, ihn zu erreichen. Diese Erklärung wurde Francois mitgetheilt, um sie dem Vizekönig zu übermitteln.

* **Paris**, 19. Juni. Dem „Figaro“ zufolge gab der chinesische Gesandte dem Minister des Auswärtigen Delcassé die formellsten Versicherungen, daß alle nöthigen Weisungen an die Behörden in Yunnan ertheilt werden würden. Außer den vom Minister des Auswärtigen an den Vizekönig von Yunnan und den Generalkonsul Francois gerichteten Telegrammen sandte der chinesische Gesandte auf eigene Verantwortung an den Vizekönig von Yunnan nachfolgendes Telegramm: Da es mir unmöglich ist, nach Peking zu telegraphiren, nehme ich es auf mich, Sie aufzufordern, daß Sie Francois und seine Leute beschützen und deren Reise nicht hindern. Andernfalls fällt die Verantwortung für das Leben aller dieser Franzosen auf Sie zurück. Wollen Sie mir den Empfang dieser Depesche bestätigen.

* **Paris**, 19. Juni. Sämtliche Blätter geben übereinstimmend den Ansicht Ausdruck, daß die Lage in China überaus allarmirend und daß eine regelrechte Expedition notwendig sei. Sie fordern die Regierung auf, sofort energische Schritte zu unternehmen und die Schiffsdivisionen in den asiatischen Gewässern, sowie in Indochina zu verstärken.

* **Simala**, 19. Juni. Das 7. bengalische Infanterieregiment ist infolge der Ereignisse in China nach Hongkong beordert worden.

* **Tschifu**, 18. Juni. Der Dampfer „Röln“ passirte heute mit dem Ablösungstransport auf dem Wege nach Taku Tschifu.

* **Tokio**, 18. Juni. Seitens Japan werden Truppen nach China gesandt, vorläufig angeblich 2000 Mann. Weitere Sendungen sind in Vorbereitung.

* **London**, 18. Juni. Unterhaus. Brodrick erklärt auf eine Anfrage: Seit dem 12. Juni erhielt die Regierung keine Nachrichten von dem Gesandten Macdonald. Es ging keine Nachricht ein, die das Gerücht von einem allgemeinen Angriff auf die Gesandtschaften in Peking bestätigt. Vom Admiral Seymour ging am 18. Juni das letzte Telegramm ein, da die telegraphische Verbindung Tientsin-Taku abgeschnitten ist. Ein japanisches Kriegsschiff, das in der letzten Nacht in Tschifu eintraf, berichtete, daß die Oberbefehlshaber und Truppen nach Tientsin zurückkehrten und daß die chinesischen Forts gestern Früh halb 1 Uhr auf die in der Flussmündung liegenden Kriegsschiffe das Feuer eröffneten. Die Schiffe erwiderten das Feuer. Als das japanische Kriegsschiff halb 6 Uhr Früh Tientsin verließ, war das Gesetzt in weiterer Entwicklung. Am Samstag wurden von allen Kriegsschiffen Abtheilungen zum Schutze Tatus gelandet. Vor Taku befand sich ein chinesisches Kriegsschiff, das sich passiv verhielt. Es wird erwartet, daß nächsten Donnerstag die von Hongkong abgegangenen britischen Truppen vor Taku eintreffen. Etwa an demselben Tage sind dem Vernehmen nach russische, japanische und französische Verstärkungen erwartbar. Weitere britische Kriegsschiffe sind von Hongkong und Manila unterwegs. Es werde keine Anstrengung geparkt, um wieder mit dem Admiral Seymour in Verbindung zu kommen und ihn nach Kräften zu unterstützen. In den letzten Stunden erfuhr die Regierung, daß die telegraphische Verbindung zwischen Taku und Tientsin wiederhergestellt sei.

* **Balfour** erklärt, die Regierung beabsichtige, aus Indien Verstärkungstruppen nach Hongkong zu senden.

* **London**, 18. Juni. Oberhaus. Eine Anfrage über die Vorgänge in China beantwortend, erklärt Salisbury, Admiral Seymour kehrte nach Tientsin zurück. Salisbury wisse jedoch nicht genau, welche Gründe ihn hierzu bewogen hätten oder was seine Absichten seien. Er sei nicht in der Lage, weitergehende Informationen zu geben. Alles, was die Regierung zur Zeit thun konnte, war, daß sie ihren Vertretern vollkommen die Entscheidung überließ und soviel Truppen als möglich hinsandte.

* **Budapest**, 18. Juni. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident Szell beantwortet die Interpellation über die chinesischen Zustände, indem er ausführt: Das Detachement von 25 österreich-ungarischen Soldaten schloß sich der Streitkraft der anderen Mächte an, um unserm Gesandten und unserm Konsul Schutz angedeihen zu lassen. Ein verbindliches Uebereinkommen zwischen den Mächten bezüglich der Verhältnisse der Streitkräfte existirt nicht. Das gemeinsame Ziel der Mächte bestehe darin, daß jeder seine Flagge und Unterthanen beschütze. Ueber dieses Ziel hinaus würde keine Macht gehen. In diesem Punkte seien alle Mächte einig.

Badischer Landtag.

96. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag, den 19. Juni 1900. (Vorläufiger Bericht.)

Zur Berathung stand der Gesetzentwurf, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes betreffend, über welchen Abg. Straub den Bericht der Steuerkommission erstattete.

An der Diskussion beteiligten sich: die Abgg. Dr. Wildens, Neuwirth, Greiff, Pfeifferle, Zehnter, Hug, Dreesbach, Dr. Fieser, Frank, Dr. Heimburger, Finanzminister Dr. Buchenberger und Steuerdirektor Glockner, Abg. Obkircher, Ministerialrath Tröger.

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung: ¼2 Uhr.

* Karlsruhe, 19. Juni. 97. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch, den 20. Juni 1900, Vormittags 9 Uhr:

1. Anzeige neuer Eingaben.
2. Berathung des Berichtes der Steuerkommission über den Gesetzentwurf, das Verfahren bei der Veranlagung zu den direkten Steuern betreffend (Veranlagungsgesetz). (Drucksachen Nr. 33 und 33 a). Berichterstatter Abg. Hug.
3. Berathung des Berichtes der Kommission für den Gesetzentwurf, die Aufhebung des Pfahlergebendes und die Aufhebung von Landstrafen betreffend (Drucksachen Nr. 35 und 35 a). Berichterstatter: Abg. Obkircher.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 19. Juni.

** Die Einnahmen der badischen Bahnen betragen im Monat Mai 1900:

	aus dem Person- verkehr M.	aus dem Güter- verkehr M.	aus sonstigen Quellen M.	Summa M.	Januar bis mit Mai M.
nach provisor. Fest- stellung 1900	2 059 560	3 895 150	837 000	6 591 710	28 620 380
nach provisor. Fest- stellung 1899	2 180 480	3 484 140	403 510	6 018 130	26 082 790
nach definitiver Feststellung 1899	2 138 736	3 603 177	466 097	6 208 010	26 441 455
Im Jahre 1900 gegen die provisor. Einnahmen des Jahres 1899					
mehr	—	411 010	233 490	578 580	2 537 590
weniger	70 920	—	—	—	—
gegen die definitiven Einnahmen des Jahres 1899					
mehr	—	291 973	170 903	383 700	2 178 925
weniger	79 176	—	—	—	—

* Im Schutzgebiete von Deutsch-Südwestafrika ist in Hasiß eine Postanstalt eingerichtet worden.

* (Deutscher Flotten-Verein.) Das Kanzleramt des Deutschen Flotten-Vereins theilt mit: Bei Gelegenheit der Eröffnung des Elbe-Trave-Kanals in Lübeck ertheilte Seine Majestät der Kaiser dem Präsidenten des Deutschen Flotten-Vereins Fürsten zu Wied, den Allerhöchsten Auftrag, allen Mitgliedern des Deutschen Flotten-Vereins seinen herzlichsten Dank für die treue und erfolgreiche Mitarbeit an der Lösung der Flotten-Vorlage auszusprechen.

* (Verband der badischen Arbeitsnachweise.) Nach dem Jahresbericht für das Jahr 1899 wurde auf die Suche von verheiratheten Anstalten, um Erhöhung der bisher bewilligten Staatsunterstützung, vom Ministerium des Innern der Reichsbehörden, daß eine Erhöhung der bisher für Zwecke des Arbeitsnachweises angeforderten Summen in dem Budget für 1900/1901 nicht in Aussicht genommen werden konnte. Nach den Thätigkeitsergebnissen der elf dem Verbande angehörenden Arbeitsnachweise, welche auch im verflochtenen Jahre wieder sehr günstige gewesen sind, wurden 61 764 männliche Arbeitskräfte verlangt und 47 927 wirklich eingestelt gegen 54 970 beziehungsweise 41 422 des Jahres 1898. In der weiblichen Abtheilung belief sich die Zahl der verlangten Arbeitskräfte auf 17 877 und die der eingestellten auf 11 064 gegen 16 801 beziehungsweise 10 021. Der Prozentsatz der eingestellten Arbeitskräfte gegenüber der Zahl der verlangten war in der männlichen Abtheilung mit 77,6 günstiger als in der weiblichen mit 61,9. Im ganzen wurden 79 641 Arbeitskräfte verlangt und 58 991 eingestelt gegen 71 771 beziehungsweise 51 443 des Vorjahres. Die Zahl der eingestellten Arbeitnehmer hat sich somit um 7 548 beziehungsweise 12,8 Proz. — vermehrt. Die Zahl der Arbeitnehmer, welche erfolglos um Arbeit nachgesucht, aber keinen Aufnahmestempel erhalten haben, hat in der männlichen Abtheilung 49 509 und in der weiblichen 8 574 betragen, somit zusammen 58 083 oder 41,9 Proz. aller Arbeitsnachweiser gegen 71 889 des Jahres 1898. Sämtliche dem Verbande angehörenden Anstalten können die erfreuliche Zunahme ihres Geschäftsbetriebes feststellen und schreiben dies theils der allgemeinen günstigen Geschäftslage, theils dem Vertrauen zu, welches man überall der neuen Einrichtung in den hierbei in Betracht kommenden Bevölkerungskreisen immer mehr entgegenbringt. — Die Anstalt in Karlsruhe hat auf Ansuchen des Badischen Frauenvereins, welcher sich mit der Fürsorge für Geschäftsbeschäftigten jeglicher Art befaßt, die Stellenvermittlung auch auf diesem Thätigkeitsgebiete ständlich übernommen. — Reservisten wurden anlässlich ihrer Entlassung eingestelt: Von der Anstalt in Freiburg von 66 Angemeldeten 52, von der Anstalt in Heidelberg von 31 Angemeldeten 28, von der Anstalt in Karlsruhe von 165 Angemeldeten 143, von der Anstalt in Konstanz von 32 Angemeldeten 21, von der Anstalt in Mannheim von 120 Angemeldeten 113, von der Anstalt in Pforzheim von 26 Angemeldeten 23.

§ (Die Sitzungen des Schwurgerichts für das dritte Quartal 1900) beginnen Dienstag, den 3. Juli, Vormittags 9 Uhr. Zum Vorsitzenden ist Landgerichtsrath Heinselmer, zu dessen Stellvertreter Landgerichtsrath Stegel ernannt.

□ **Mannheim**, 18. Juni. Der Stadtrath hat in seiner letzten Sitzung sich dem Projekt der Umwandlung des sogenannten Redauer Waldes in eine Parkanlage beschloß. Der Redauer Wald zieht sich entlang des Rheinuferes von Mannheim

bis in die Nähe von Rheinau, war früher Eigentum der Gemeinde Redarau, ist aber mit der Eingemeindung von Redarau an Mannheim gekommen. Führt der Stadtrat, woran nicht zu zweifeln ist, seine Absicht aus, dann wird Mannheim in den Besitz eines selten großen Parks kommen. Gleichzeitig ist beabsichtigt, in dieser Anlage eine Waldschänke zu erstellen und eine regelmäßige Dampferfahrt auf dem Rheine von der Rheinbrücke nach dieser Waldschänke zu erstellen. Auch eine Linie der elektrischen Straßenbahn wird nach diesem Waldwirthshaus führen. An den Redarauer Wald schließt sich die vom Rheine umspülte Fasaneninsel, welche bis jetzt Eigentum des Herrn Kommerzienraths Karl Reich ist, von diesem aber schon jetzt der Stadtgemeinde Mannheim testamentarisch vermacht worden ist. In der letzten Sitzung des Stadtraths nahm Herr Oberbürgermeister v. d. Veranlassung, von diesem edlen Geschenk Mitteilung zu machen. — Gestern brach in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik in Redarau, in der es bereits im vorigen Winter gebrannt hat, abermals Feuer aus, und zwar in einem Magazin, in welchem Celluloidabfälle lagerten. Der Schaden beträgt etwa 15 000 M.

B.N. Heidelberg, 18. Juni. Die hiesige Gutenbergfeier nahm einen erheblichen Verlauf. Die Heidelberger „Typographie“ hatte damit die Feier ihres 60jährigen Bestehens verbunden. Den Mittelpunkt der Feier bildete der gestern Vormittag im Saalbau von der Stadt veranstaltete Festakt. Die Festrede hielt Gymnasiallehrer Dr. Quenzer, der in warmen Worten der Verdienste Gutenbergs gedachte. Das städtische Orchester, sowie der Gesangverein „Concordia“ und die „Harmonegesellschaft“ verzerrlichten durch ihre Vorträge die Feier.

B.N. Baden, 19. Juni. Der schon seit vielen Jahren hier wohnhafte königlich sächsische Oberst z. D. Friedrich v. Polenz ist nach längerem schweren Verleiden im Alter von 67 Jahren dahier gestorben.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

(Telegramme.)

*** Kapstadt, 19. Juni.** Das neue Kabinet ist gebildet. Gordon Sprigg ist Schatzminister, Graham Kolonialsekretär, Roscanes Generalanwalt, Smart öffentliche Arbeiten, Faure Ackerbau, Frost Minister ohne Portefeuille.

*** London, 19. Juni.** 800 Buren griffen am 14. d. M. die Posten am Zandrivier an, wurden aber verjagt.

*** London, 19. Juni.** Lord Roberts meldet aus Pretoria vom 18. Juni: Baden-Powell ist heute hier eingetroffen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Wilhelmshaven, 19. Juni.** Seine Majestät der Kaiser landete Vormittags auf der Kaiserlichen Werft und bestieg hier den Hofzug zur Reise nach Oldenburg.

*** Oldenburg, 19. Juni.** Zur Beisehung weiland Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg trafen heute Vormittag Seine Majestät der Kaiser und Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich hier ein, welche von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog am Bahnhof empfangen wurden. Von der Menge ehrfurchtsvoll begrüßt, fuhrn dieselben sodann nach dem Schloß, wo die Leiche im Audienzjzimmer aufgebahrt war. Um 10 Uhr fand eine kurze Andacht statt. Auf dem Wege zum Schloß zum Mausoleum bildeten Militär, Schulen, Kriegervereine und Jünglinge Spalier. Dem Sarge voran schritten in Trauerparade die Dienerschaft, Hofkavaliere und die Flügeladjutanten. Den Zipfel des Leichentuches hielten die Mitglieder des Staatsministeriums. Hinter dem mit acht Pferden bespannten Leichenwagen wurde das Leichenschild des Verstorbenen geführt. Dem folgten die Fürstlichkeiten, an der Spitze Seine Majestät der Kaiser, Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog von Oldenburg und der Großherzog von Baden, Herzog Alexander von Oldenburg als Vertreter des Czaren, Prinz Alfons von Bayern, Prinz Johann Georg von Sachsen, Herzog Regent von Mecklenburg, Prinz Friedrich Leopold von Preußen. Sodann folgten die Mitglieder des diplomatischen Corps, die Minister, Generale u., darunter eine Deputation des russischen Regiments, dessen Chef der Verstorbene war. Um 11 Uhr war der Leichenzug im Mausoleum. Nach der Trauerrede wurde der Sarg unter Geläute und Trauerfanfaren der Truppen in die Gruft gesetzt. Der Kaiser kehrte zum Schloß zurück und reiste gegen 12 Uhr nach Wilhelmshaven ab.

*** Berlin, 19. Juni.** Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht folgenden kaiserlichen Armeebefehl: Die Trauerkunde von dem unerwarteten Hinscheiden des Großherzogs Peter von Oldenburg hat mich mit tiefstem Schmerz erfüllt. Mit mir beklagt trauernd das ganze deutsche Vaterland den Selbsterlöschung dieses edlen deutschen Fürsten. Auch meine Arme hat in dem Entschlafenen einen aufrichtigen Freund und hohen Schmer verloren, der ihr in den langen Jahren fortwährende Beweise warmen Wohlwollens und lebhaftesten Interesses gegeben hat. Um den Empfindungen schmerzlicher Trauer und trauernder Erinnerung für den Dahingegangenen noch besonders Ausdruck zu geben, bestimme Ich u. s. w. (es folgt die Trauerverordnung).

*** Berlin, 19. Juni.** Der „Staatsanzeiger“ meldet: Graf v. Hohenthal auf Oßlau, Kreis Merseburg, ist zum Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

*** Berlin, 19. Juni.** Nachdem der Verband deutscher Arbeiter in einer an den Reichsanwalt gerichteten Eingabe, unter Hinweis auf die Ergebnisse der Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik und einer durch den Verband veranlaßten Umfrage, über die gesundheitschädlichen Mängel der Beschäftigungen in gewerblichen Betrieben, welche die Provinzialbehörden in Preußen durch die zuständigen Minister beantragt worden, die Arbeitsbedingungen der in gewerblichen Betrieben (Garfäßen, Gast- und Schantwirthschaften) beschäftigten Personen zu untersuchen. Die Untersuchungen werden sich auf die Groß- und Mittelstädte beschränken. Von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob und in welchem Umfange der Antrag von Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen herbeizuführen ist.

*** Cronberg, 19. Juni.** Der Kronprinz von Griechenland ist gestern zum Besuche der Pariser Weltausstellung abgereist. Von Frankfurt ab erfolgt die Reise nach Paris in Gemeinschaft mit Seiner Majestät dem König von Dänemark.

*** Stuttgart, 19. Juni.** Staatsrath Schmidten wurde zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt.

*** Sigmaringen, 19. Juni.** Ihre königliche Hoheit die Fürstin-Mutter von Hohenzollern ist heute Morgen gestorben.

Fürstin Josephine Friederike Wiise, Tochter weiland Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs Karl von Baden, war geboren zu Karlsruhe am 21. Oktober 1813 und verlebte seit 21. Oktober 1834 mit weiland Seiner königlichen Hoheit dem Fürsten Karl Anton zu Hohenzollern (gestorben 1856).

*** Paris, 18. Juni.** Kammer. Alicot wünscht die Regierung über den Kriegsmilitär im Bureau des Kriegsministeriums vorgenommenen Personenwechsel zu interpelliren. Waldeck-Rousseau macht darauf aufmerksam, daß die Kammer eine ähnliche Interpellation über die Demission des Generalstabschefs Delanne einen Monat vertage. Alicot besteht auf seiner Interpellation.

Mezières, der Vorsitzende der Hereskommission erklärt, die Kommission beauftragte ihn, an der Debatte über die Interpellation sich zu betheiligen (bestimmter Widerspruch links), er betheilige sich jedoch nicht an der Debatte über die Festsetzung des Tages, an dem über die Interpellation verhandelt werden soll. Die Deputirten Bourde und Doumergue protestiren gegen die Einmischung der Hereskommission in politische Debatten. Die Kammer beschließt mit 294 gegen 249 Stimmen die Vertagung der Interpellation auf einen Monat. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Debatte über den Gesetzentwurf begonnen, betreffend die Ausrüstung der Kriegsschiffe und die Errichtung von Operationsbasen der Flotte, besonders in Biseria, nachdem die Dringlichkeit erklärt war. Pelléan bekämpft den Gesetzentwurf, der Ausgaben im Betrage von 850 Millionen Francs erfordert. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf morgen vertagt.

*** Paris, 19. Juni.** Samory, der nach der Gefangennahme durch die Franzosen nach Niobe am Djowe (Französisch Congo) gebracht worden ist, starb am 2. Juni an einer Lungenerkrankung. — Der Syndikus des Pariser Gemeinderaths erhielt auf ein an den Marineminister gerichtetes Gesuch, dem Obersten Marchand zu gestatten, dem ihm zu Ehren vom Gemeinderath beabsichtigten Empfang beizuwohnen, die Antwort, die Regierung halte es für unzulässig, den Offizieren im aktiven Dienste die Theilnahme an einer Kundgebung politischer Charakters zu gestatten.

*** Rom, 18. Juni.** In der Deputirtenkammer theilt Ministerpräsident Pellou mit, das Kabinet habe seine Entlassung eingereicht, Seine Majestät der König habe sich die Entschließung über das Entlassungsgesuch vorbehalten. Die Geschäfte würden von den Ministern vorläufig weiter geführt. Auf Vorschlag Pellou's vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

*** Rom, 19. Juni.** Die Abendblätter finden die Veranlassung zum Rücktrittsgesuch des Ministeriums in Meinungsverschiedenheiten, die in den behufs Vereinbarung über die Geschäftsordnungsfrage der Kammer mit der Opposition eingeleiteten Verhandlungen aufgetaucht seien. Den Blättern zufolge hätten die Minister Visconti Venosta, Bonacci und Carmine erklärt, sie lehnten den Vorschlag einer Unterhandlung mit der äußersten Linken ab und hätten deshalb die Entlassung gegeben. Dies hätte zur allgemeinen Kritik geführt.

*** London, 19. Juni.** Unterhaus. Howard Vincent fragt an, ob die ostindische Eisenbahngesellschaft, die von der indischen Regierung garantiert sei, Aufträge für Räder und Axen in Deutschland gab.

Hamilton erwidert, obgleich der Staatssekretär in der Verwaltung vertreten, habe er doch keine Aufsicht über die Leitung und den Betrieb der Linien. Der Redner ist dahin unterrichtet, daß, wenn man auch aus geschäftlichen und patriotischen Gründen in der Regel der englischen Industrie den Vortritt zu geben entschlossen sei, doch in diesem Falle der 12 850 Pfund betragende Preisunterschied zwischen dem Krupp'schen Angebot und dem niedrigsten englischen Angebot so groß war, daß es unmöglich war, bei der gewöhnlichen Praxis zu beharren. Die Grundzüge, die die Annahme von Angeboten auf Waren bestimmten, würden in gleicher Weise auf die Verfrachtungsgänge angewendet. Ohne Zweifel werde man sich der britischen Schifffahrt bedienen, wenn damit nicht eine unvermeidliche Belastung der Gesellschaft verbunden sei.

Hazell fragt an, ob die Regierung der gegenwärtigen Sachlage in Marokko ihre Aufmerksamkeit schenke. Angeblich sei diese Lage derart, daß die leitenden Klassen in Marokko gern sehen, wenn eine europäische Macht den Rechtszustand sichern würde. Hazell fragt weiter, ob die Regierung den Augenblick für passend erachte, eine europäische Konferenz zusammenzubringen, welche die Aufgabe hätte, die maurische Regierung unter europäischer Kontrolle zu stellen, um namentlich dem jetzt in Marokko offen betriebenen Sklavenhandel ein Ende zu machen.

Prodrix erwidert, er habe keine Nachricht erhalten, welche den Glauben erwecken könnte, daß eine europäische Macht in Marokko willkommen sei. — Die zweite Frage Hazell's müsse er verneinen. 1898 seien die an die Gouverneure der Kolonialstädte ertheilten Befehle, den öffentlichen Sklavenhandel zu verhindern, erneuert worden. Der britische Gesandte würde bei der maurischen Regierung Vorstellungen erheben, wenn er erfahren sollte, daß diese Befehle außer Acht gelassen würden.

*** Madrid, 19. Juni.** Der Ministerrath hielt unter Vorsitz Ihrer Majestät der Königin-Regentin gestern eine Sitzung ab. Eine offizielle Note besagt, das Ergebnis der Anleihe sei sehr zufriedenstellend. Die Anleihe verbessere den Kredit Spaniens. Die Finanzen könnten nicht mehr als im schlechtesten Zustand befindlich angesehen werden.

*** Suva, 19. Juni.** Der Zustand der Minenarbeiter von Rio Tinto ist beendigt.

*** Philadelphia, 19. Juni.** Hier wurde von den Republikanern einmüthig die Kandidatur McKinley's für die Präsidentschaft, und die Roosevelt's für die Vicepräsidentschaft aufgestellt.

Verchiedenes.

*** Berlin, 18. Juni.** Frau Baronin Julie v. Cohn-Doppenheim, die Tochter des kürzlich verstorbenen Barons v. Cohn, hat dem Generalintendanten Grafen v. Hochberg die Summe von 80 000 M. zur Verfügung gestellt. Mit Allerhöchster Genehmigung werden 30 000 M. der Witwen- und Waisenunterstützungskasse der königl. Kapelle und 20 000 M. dem Unterstufungsfonds der königl. Schauspieler überwiefen. 30 000 M. erhält die Pensionskasse der Genossenschaft deutscher Bahnenangehöriger.

*** Wilhelmshaven, 19. Juni.** Die Torpedobootsdivision ist gestern von der Rheinfahrt nach Wilhelmshaven zurückgekehrt.

*** Leipzig, 18. Juni.** Anlässlich der Gutenbergfeier in Leipzig gründete eine Anzahl buchgewerblicher Firmen Leipzigs eine Gutenberg-Stiftung in Höhe von 100 000 M.

*** Paris, 18. Juni.** (Telegr.) Die Gesellschaft der Ingenieure Frankreichs veranstaltete Abends zu Ehren der Technischen Gesellschaften Deutschlands, Oesterreich-Ungarns u. s. w., die nach Paris zur Weltausstellung gekommen sind, ein Konzert.

Stand der Badischen Bank

am 15. Juni 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	4 684 527 M. 49 Pf.
Reichsbankenscheine	32 655 „ — „
Noten anderer Banken	60 200 „ — „
Wechselbestand	20 853 018 „ 98 „
Rombardforderungen	479 700 „ — „
Effekten	106 005 „ 52 „
Sonstige Aktiva	2 859 885 „ 82 „
	29 076 992 M. 81 Pf.

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 878 411 „ 08 „
Umlaufende Noten	12 987 500 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	4 483 836 „ 89 „
An Kündigungskfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	726 244 „ 84 „
	29 076 992 M. 81 Pf.

Die weiter Begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 961 888 M. 91 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 21. Juni. Abth. B. 59. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Die Räuber“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Freitag, 22. Juni. Abth. C. 60. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) — Abschiedsvorstellung für Kammerjäger Karl Rebe. — „Der Wildschütz oder Die Stimme der Natur“, komische Oper in 3 Aufzügen, nach Koberger frei bearbeitet, Musik von Albert Lortzing. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 23. Juni. 23. Vorst. außer Abonnement zu ermäßigten Preisen. (Letzte Vorstellung, zu der die in der Zeit vom 15. Januar an gelieferten Dugendkarten gültig sind.) Zur Feier des 100. Geburtstages von Charlotte Birch-Pfeiffer. Neu einstudirt: „Die Grille“, landliches Charakterbild in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer, mit theilweiser Venähigung einer Erzählung von G. Sand. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Der Verkauf der Eintrittskarten zu dieser Vorstellung findet statt: an die Abonnenten des Großh. Hoftheaters am Samstag den 16. Juni von 11 bis 1 Uhr Mittags (Reihenfolge C, A, B), der allgemeine Vorverkauf und der Umtausch der Dugendkarten vom Montag den 18. Juni an.

Sonntag, 24. Juni. 24. Vorst. außer Abonnement. (Mittelpreise.) — Abschiedsvorstellung für Kammerjägerin Frau Sophie Brehm. — „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Aufzügen. — Nach dem Französischen des Locroy und Cormon, deutsche Bearbeitung von G. Ernst. Musik von Aime Maillart. Anfang halb 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 20. Juni. 17. Vorst. außer Abonnement. — Abschiedsvorstellung für Kammerjägerin Frau Sophie Brehm. — „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in 3 Aufzügen. — Nach dem Französischen des Locroy und Cormon, deutsche Bearbeitung von G. Ernst. Musik von Aime Maillart. Anfang halb 8 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte Hamburg vom 19. Juni 1900.

Gleichmäßig vertheilte Luftdruck mit höchsten Barometerständen über Belgien bedeckt heute den Erdball, mit Ausnahme Gebiete flacher Depressionen im Westen der britischen Inseln und bei Algä. In Deutschland ist das Wetter ruhig, theilweise heiter und meist etwas kälter. In Süddeutschland fanden vielfach Gewitter mit ergiebigen Regenfällen statt. Veränderliches Wetter mit Neigung zur Gewitterbildung ist wahrscheinlich.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Juni	Barom.	Therm.	Rel.	Feuchtheit	Wind	Himmel
18. Nachts 9 ^u U.	752.3	18.6	11.5	72	SE	bedeckt
19. Morgs. 7 ^u U.	752.0	16.2	11.1	81	SE	„
19. Mittags 2 ^u U.	750.7	24.4	8.7	38	WSE	„

Höchste Temperatur am 18. Juni: 24.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.9.

Niederschlagsmenge des 18. Juni: 0.7 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 19. Juni: 4.71 m gestiegen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raab in Karlsruhe.

(Badische Bank.) Der zweite Geschäftsbericht der Badischen Bank liegt vor uns und wer ihn aufmerksam studirt, wird wohl zugeben müssen, daß die Bankleitung mit unermüdlichem, redlichem Fleiß es verstanden hat, in der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit sich eine Position zu schaffen, die rückhaltlos die Anerkennung verdient. Im ersten Jahr galt es, Breishe zu legen in die Materie, die von den anderen Banken errichtet worden war, nimmere ist dies geschehen und jetzt ist die Aufgabe in zielbewusster Arbeit, an Stelle der alten Gebäude, moderne Neubauten aufzubauen. Und daß die Badische Bank mit Erfolg diesen Weg beschritten hat, dafür liefert der Geschäftsbericht den eindrucksvollsten Beweis. Während das erste Geschäftsjahr noch vielfach der Organisation gewidmet war, konnte sich die Bank im zweiten Jahre intensiver der Pflege der früher angeknüpften Beziehungen widmen und insbesondere dem Konto-Korrespondenz ihre Aufmerksamkeit zuwenden, welches denn auch recht erfreuliche Resultate brachte. Sämtliche Fikern des Berichtes sind geeignet, das Bild fortschreitender Entwicklung der Bank vollaus zu befestigen.

Auch für die North British and Mercantile Feuerversicherungs-Gesellschaft mit Sitz in Berlin verlief nach dem erschienenen Rechnungsabschluss pro 1899 das Geschäft weniger befriedigend, indem der Reingewinn infolge zahlreicher schwerer Schäden, namentlich auf industriellen Gebiet, sehr geschmälert wurde. Als Kapitalreserve wurden unverändert 31 000 000 M. vorgetragen und die Prämienreserve beziffert sich auf 11 572 168 M. 59 Pf. Die Prämienentnahme im deutschen Geschäft erfuhr einen Zuwachs von 218 845 M. 60 Pf. und erreichte damit den Betrag von 3 740 987 M. 78 Pf.

Probefläter gratis.

Insertionspreis die Zeile 20 Pfennig.

Der in Oberndorf am Neckar wöchentlich 7 mal mit täglichem Unterhaltungs-Blatt und monatlich Gemeinnützigen Blättern in 25,500 Exemplaren erscheinende, von allen Blättern am weitesten und dichtesten in ganz Württemberg, Baden und Hohenzollern verbreitete

Schwarzwälder Bote

ist das billigste und erfolgreichste Publikations-Organ und kostet durch die Post frei ins Haus geliefert in Württemberg vierteljährlich nur 1 Mk. 80 Pf., im übrigen Deutschland 1 Mk. 90 Pf. Alle Postämter und Postboten nehmen Bestellungen an.

847

Montag, den 25. Juni 1900: Letzte Vorstellung.

Circus Corty-Althoff!

Karlsruhe, auf dem Plage vor der Festhalle.
Mittwoch, 20. Juni 1900

4 Uhr Nachmittags 8 Uhr Abends

2 Grosse Vorstellungen 2

Nachmittags 4 Uhr Nachmittags 4 Uhr

Erste Kinder- u. Familien-Vorstellung

zu halben Preisen auf allen Plätzen für Erwachsene und Kinder.

Das Programm besteht aus einem reichhaltigen Repertoire von 16 Nummern.

Volle Preise. Abends 8 Uhr. Volle Preise.

Ausserordentliche Vorstellung.

Zum ersten Male:
Aufführung der großen Luststücken-Pantomime:
Die lustigen Heidelberger Studenten oder ein Ausflug mit Hindernissen.

Große Original-Pantomime, in Scene gesetzt von Direktor Pierre Althoff, ausgeführt vom gesammten Personal.

Diese Pantomime wurde seinerzeit im Circus Reng in Berlin über 500 Mal aufgeführt.

Mehrmaliges Auftreten von Herrn und Frau Direktor mit ihren ganz neuen Original-Freiheitsbrettern, sowie aller Künstler und Künstlerinnen, aller Clowns und 2 Auguste.

Donnerstag, 20. Juni 1900, Abends 8 Uhr:
High-Life-Vorstellung mit einem Elite-Programm.

Ludwig Schweisgut,

Hoflieferant, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Alleiniger und direkter Vertreter der weltberühmten Pianos

von C. Bechstein, Ibach, Ernst Kaps, Steingraber, Th. Steinweg Nachf. von J. Blüthner, Kaim & Sohn, Carl Scheel, Steinway & Sons, F. Thürmer, Obel & Lechleiter.

Arbeitslehrerin,

im Handnähen, Maschinennähen, Kleidernähen u. Sticken gründlich ausgebildet, sucht passende Stelle. Gest. Offerte unter S. K. 2513 an Rudolf Mosse in Stuttgart erbeten.

Für Revidenten und Rechnungsbeamte.

Bei dem Krankenkassenverband Karlsruhe ist die Stelle eines Rechnungs-Kontrollbeamten alsbald zu belegen. Anfangsgehalt 2000 M. Bewerber aus der Klasse der Revidenten oder Rechnungsbeamten wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Zeugnisse bei dem Unterfertigten melden, oder was zweckmäßiger wäre, sich persönlich auf dem Bureau, Rathauszimmer Nr. 34, vorstellen. (3781.2) Karlsruhe, den 15. Juni 1900. Krankenkassenverband: Der Vorstand: gez. Dr. Friedberg.

Bekanntmachung.

Die Umlegung der Grundstücke an der westlichen Seite der Kirchstraße zwischen Vorholz- und Südenstraße in Karlsruhe betr.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung d. d. Karlsruhe, den 17. Mai ds. Js. Nr. 404 gnädigt ausgesprochen gerührt haben, daß der Eigentümer des Grundstücks Lagerbuch-Nummer 3509, Privatmann Andreas Wolfert hier, und die Eigentümer des Grundstücks Lagerbuch-Nummer 3510, Privatmann Albert Seyfried und Kaufmann Ludwig Andreas, hier, verpflichtet seien, an der Neuenteilung der Grundstücke an der westlichen Seite der verlängerten Kirchstraße zwischen Vorholz- und Südenstraße dahier nach Maßgabe des vom Stadtrat Karlsruhe vorgelegten Planes zuzustimmen.

Karlsruhe, den 9. Juni 1900. Großh. Bezirksamt: Jacob.

Bekanntmachung.

In Verhandlung vor dem Kaiserlichen Notar Ludwig Babin mit dem Anteil in Metz, d. d. Straßburg den 15. Februar d. J., haben Bergwerksbesitzer Emil Kottion in Köln und Kommerzienrat Th. Penning in Karlsruhe auf Grund des § 80 des bad. Berggesetzes vom 22. Juni 1890 eine Gewerkschaft gebildet, welche unterm heutigen die bergbehördliche Bewilligung erhalten hat, und aus deren Statut in Gemäßheit des § 82 des Berggesetzes nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird:

- Der Name der Gewerkschaft ist „Deutsche Nidelgesellschaft“, sie hat ihren Sitz in Köln a. Rh.
- Gegenstand des Unternehmens ist:
 - Die Ausbeutung nachstehender Bergwerke und Erzlagerstätten:
 - des in den Gemarkungen Forbach, Innerberg, Ruchenschwand und Wittenbach im Amtsbezirk St. Blasien gelegenen Nidel- und Schwefelergewerks, genannt „Nidelerz-Bergwerkskompanie“, verließen den 7. September 1893,
 - des in den Gemarkungen Todmoos-Weg, Vorder-Todmoos, Todmoos-Schwarzenbach und der ärarischen Waldbarmutung Superioratswald im Amtsbezirk St. Blasien gelegenen Nidel- und Schwefelergewerks, gen. „Schwarzwälder Nidelkompanie“, verließen d. 16. September 1897,
 - der in den Gemarkungen Niebingen, Oberbilsfeld, Wittenbach, Inner- und Außerberg, Hül, Schmalenberg und Arnoldsloch im Amtsbezirk St. Blasien gelegenen, im Verteilungsverfahren befindlichen, auf Bleierz gemauerten Grubenfelder „Schwarzwaldbiegen“ und „Gotteschre“.
 - Die Verarbeitung aller in obigen Grubenfeldern vorkommenden Mineralien, der Handel damit, Bergbau- und Hüttenbetrieb

Ueberlingen

am Bodensee. Mineral- u. Seebad. Klimat. Kurort.

Geschützte Lage. Reizende Spaziergänge u. A usflüge. Alte interessante Stadt. Eisenbahn- u. Dampfbootstation. Wörli's Führer durch Ueberlingen. Das Kurkomité.

Hygiama

nährt, kräftigt, ist leicht verdau- lich, billig, von angenehmen Cacao- geschmack.

Vorrätig in den Apotheken und Drogerien.

Preis Mk. 1.60 u. 2.50.

St. Vincentiusverein.

Danksagung.

Das verehrliche Comité, welches zu Gunsten des neuen St. Vincentius-Krankenhaus einen Wohltätigkeits-Bazar veranstaltete, hat uns heute das reiche, sekundäre Erträgnis desselben überwiesen.

Es ist uns Herzensbedürfnis, dafür öffentlich Dank zu sagen. Ehrerbietigen, innigsten Dank sagen wir Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin, Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Frau Prinzessin Wilhelmin, der hohen Protectorin des Unternehmens, Ihren Großherzoglichen Hoheiten dem Prinzen Karl und Höchstseiner Gemahlin, sowie dem Prinzen Maximilian, die alle uns ihre Allerhöchste Teilnahme huldvollst zu erweisen gerühten.

Herzlichsten Dank sprechen wir aus den verehrten Damen und Herren vom Comité, die mit so viel Geschick und Verständnis, mit so viel Mühe und Ausdauer das Fest vorbereitet; innigst danken wir all' den Vielen, die in so lebenswürdiger Weise den Bazar mit reichen Gaben ausgestattet, die beim Feste selbst ihr künstlerisches Talent der guten Sache zur Verfügung gestellt oder sonst in irgend einer Form so treu und unverdrossen mitgewirkt haben.

Herzlich danken wir endlich allen Festbesuchern von Nahe und Fern, die ihr Erscheinen für das neue Haus gespendet und damit den schönen finanziellen Erfolg herbeiführen halfen.

Wäge der Segen der Barmherzigkeit allen folgen, die uns in den Stand gesetzt, nunmehr hoffnungsvoll in die Zukunft schauen zu können.

Vergelt's Gott tausendfach!

Karlsruhe, den 19. Juni 1900.

Der Ausschuh des St. Vincentiusvereins:
Frau von Tuffel, Fräulein Willard, Frau Dr. Matheis, Frau Notar Bender, Schwester Pomberger, Geistl. Lehrer Jester, Oberstiftungsrath Amman, Rader, Dr. Stark, Bauvath Willard.

Schreibgehilfe.

Bei Großh. Amtsgericht Donau- eschingen ist eine Kopistenstelle mit einer Jahresvergütung von 700 M. und 60-80 M. Schreibgebühren sofort zu belegen. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen alsbald melden. Donau- eschingen, den 18. Juni 1900. Großh. Amtsgericht: Dr. Bodenheimer.

Schreibgehilfenstelle

B.612.2. Staufen. Bei Großh. Notariat Staufen ist auf 1. Juli d. J. eine Stelle mit einer Jahresvergütung von 600 M. zu belegen. Bewerber wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen alsbald melden. Staufen, den 8. Juni 1900. Großh. Notariat: Dr. Ddenheimer.

Subdirection

der im ganzen Deutschen Reichs bestens eingeführten und auf durchaus gesunden Principien beruhenden Krankenkasse „Wohlfahrt“ unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Offerten erbeten an die Direktion in Berlin, Schachmeisterstr. 181.

Kanzleihilfenstelle.

Bei Großh. Bezirksamt Karlsruhe ist auf 1. Juli d. J. eine Kanzleihilfenstelle mit einer Jahresvergütung von 900 M. zu belegen. Bewerber aus der Zahl der Verwaltungsakquiere oder ältere Akquieren wollen ihre mit Zeugnissen belegte Gesuche bis spätestens 5. Juli d. J. bei uns einreichen. Mülheim, den 18. Juni 1900. Großh. Bezirksamt: Schellenberg.

Defopistenstelle.

Bei diesseitigem Gerichte ist sofort eine Defopistenstelle zu belegen. Jahresgehalt 600 M. - Nebenverdienst ca. 160 M. - Schwefingen, den 18. Juni 1900. Großh. Amtsgericht I: Käpfe.

Kanzleihilfenstelle

B.842. Nr. 13.393. Mülheim. Bei diesseitigem Gerichte ist längstens auf 15. Juli d. J. eine Stelle mit einer Jahresvergütung von 900 M. zu belegen. Bewerber aus der Zahl der Verwaltungsakquiere oder ältere Akquieren wollen ihre mit Zeugnissen belegte Gesuche bis spätestens 5. Juli d. J. bei uns einreichen. Mülheim, den 18. Juni 1900. Großh. Bezirksamt: Schellenberg.

Bekanntmachung.

B.837. Mannheim. Auf 1. Juli d. J. ist bei diesseitigem Gerichte eine weitere Schreibgehilfenstelle mit einer Vergütung von monatlich 50 M. und monatlich ca. 15 M. Abschreibungsgebühren zu belegen. Bewerbungen haben unter Vorlage von Zeugnissen zu erfolgen. Mannheim, den 18. Juni 1900. Großh. Amtsgericht I: Grosseltinger.

jeder Art, sowie jedes andere damit in Verbindung zu bringende Gewerbe.

- Die Zahl der gewerkschaftlichen Anteile (Kuxe) beträgt Tausend.
- Die Gewerkschaftsversammlung wählt einen aus mindestens fünf Mitgliedern bestehenden Grubenvorstand mit vierjähriger Amtsdauer. Der Grubenvorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.
- Der Grubenvorstand ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder desselben unter Angabe der Tagesordnung geladen wurden und wenigstens drei derselben anwesend sind. Die Abstimmung erfolgt nach Majorität; bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Scheidet während der Wahlperiode ein Mitglied aus, so findet die Ergänzungswahl in der nächsten Gewerkschaftsversammlung statt; bis dahin bleibt der Vorstand beschlußfähig, solange er noch aus drei Mitgliedern besteht.
- Die Einberufung der Gewerkschaftsversammlung erfolgt durch den Vorsitzenden des Grubenvorstandes mindestens 8 Tage vorher durch Postaufstellungsurkunde an die im Gewerkschaftsverzeichnis verzeichneten Mitglieder. Schriftliche Empfangsbekundigung erfolgt die Postaufstellung. Außerhalb Deutschlands wohnende Mitglieder werden mittels Einschreibebrief eingeladen, wenn sie im Inlande keine Vertreter bestellt haben.
- Die Bekanntmachungen der Gewerkschaft erfolgen gleich den Einladungen zu den Gewerkschaftsammlungen.
- Gewerkschaften können ihre Mitglieder in den Gewerkschaftsammlungen vertreten, wenn sie hierbei eine schriftliche Vollmacht beibringen; andere Personen können dieses Recht nicht ausüben.
- Die Einsichtsnahme der Gewerkschaftsbücher und Korrespondenzen durch einzelne Gewerkschaften ist unzulässig, dagegen muß dieses einem mit schriftlicher Vollmacht versehenen Gewerkschaften, welcher hundert Kuxe vertritt, gestattet werden.
- Die Rechtsverhältnisse der Gewerkschaft regeln sich im übrigen nach dem Berggesetz für das Großherzogthum Baden vom 22. Juni 1890.

Eine Abschrift des vollständigen Gewerkschaftsstatuts sowie die über die Bildung der Gewerkschaft erwachten Akten, insbesondere die erstateten Gutachten über den Werth und die Bedeutung des gewerkschaftlichen Bergwerksbesitzes, können bei der diesseitigen Behörde eingesehen werden. Karlsruhe, den 16. Juni 1900. Großh. Domänen- und Oberbergbehörde.

B.853. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die Lieferung zweier Drehstrommaschinen für das zu erbauende bayerische Elektrizitätswerk Mannheim nebst dazu gehöriger Schaltanlage soll vergeben werden.

Die maßgebenden Bedingungen können von unserem Centralbureau gegen Einsendung von 3 Mark erhoben werden.

Schriftliche, mit der Aufschrift: „Elektrizitätswerk des Bahnhofs Mannheim“ versehene Angebote sind spätestens bis 25. Juli d. Js. bei uns einzureichen. Karlsruhe, den 18. Juni 1900. Großh. Generaldirektion.

B.852. Karlsruhe. Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Gültigkeit vom 15. Juni 1900 ist zum 6. Fest des Verbandsgründerfestes (Baden-Main-Neckarbahn) der Nachtrag IX ausgegeben worden. Er enthält die Einbeziehung der Station Mannheim-Industriegebiet und einige im Verfügungswege schon durchgeführte Aenderungen und Ergänzungen des Tarifs. Karlsruhe, den 18. Juni 1900. Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.